



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

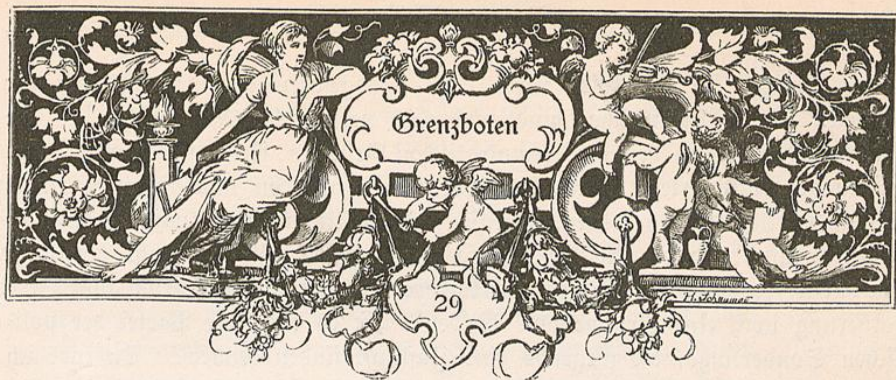
DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Nach den Wahlen

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Nach den Wahlen



ir können nicht gerade sagen, daß uns die Ergebnisse der Wahlen mit dem Gefühl der Befriedigung erfüllen. Selbst nachdem eine sichere Mehrheit für die Heeresverstärkung gewonnen worden zu sein scheint, mischt sich in das Gefühl der Freude ein bitterer Tropfen, die Enttäuschung darüber, daß sich mehrere der alten Parteien mit ihren inhaltslos gewordenen Formen nochmals über Wasser gehalten haben, und daß die politische Parteierstückelung noch größer geworden ist.*)

Denn was für Parteien und für Parteichen treten auf den Plan! Lassen wir einmal die fünfzehn Gruppen an uns vorüberziehen, geordnet nach der Zahl der Mitglieder: 1. Zentrum (96), 2. Konservative (74), 3. National-liberale (50), 4. Sozialdemokraten (44), 5. deutsche Reichspartei (24), 6. freisinnige Volkspartei (24), 7. Polen (19), 8. Antisemiten (16), 9. freisinnige Vereinigung (12), 10. süddeutsche Volkspartei (11), 11. Wilde (9), 12. Welsen (7), 13. Elsässer Protestler (7), 14. Elsässer für die Militärvorlage (3), 15. Däne (1).

Rechnen wir die nichtdeutschen Elemente ab, so bleibt immer noch genug Zerklüftung übrig, um einen deutlichen Beweis für den Sondergeist zu geben, der uns Deutschen ja immer eigen war. Am liebsten möchte jeder Deutsche seinen eignen Kandidaten als Vertreter seiner ureigensten Wünsche, Gedanken und Neigungen in den Reichstag schicken. Da dies nun nicht gut geht, so wird eine möglichst große Zahl von Fraktionen und Fraktionchen eingerichtet, um den Sondergelüsten Luft zu machen. Allerdings dürfte es nicht leicht sein, diesen Stimmungen immer einen Ausdruck zu geben. Wir wären z. B. in

*) Vergl. Grenzboten 1890, 13. Heft: Die zukünftigen Parteien.
Grenzboten III 1893

keiner geringen Verlegenheit, wenn wir — abgesehen von der Stellung der Parteien zur Militärvorlage und von rein persönlichen Gegensätzen — die Unterschiede zwischen den drei demokratischen Gruppen: freisinnige Vereinigung, freisinnige Volkspartei, süddeutsche Volkspartei angeben und sie etwa einem Ausländer klar machen sollten. Ebenso sind die Unterschiede zwischen den Nationalliberalen und der Reichspartei so fein, daß der Zweifel wohl berechtigt sein dürfte, ob die Spaltung gerechtfertigt werden könnte. Und trotz aller Spezialisierung noch eine Gruppe von Wilden? Ist es etwa die Partei der politischen Sonderlinge, die nirgends eine Zuflucht finden können? Da lobe ich mir die Sozialdemokraten, das Zentrum und die Deutschkonservativen. Da weiß man doch, wo und wie. Da liegt die Existenzberechtigung doch zu Tage.

Wir glaubten bisher, die politische Reife eines Volkes zeige sich darin, daß die Hauptpunkte von den Nebendingen scharf geschieden würden, und daß um die verschiedene Auffassung in den Hauptpunkten die Parteigruppierung stattfinde. Sie tritt ja in der politischen Entwicklung nicht sofort und nicht immer mit voller Schärfe hervor; aber ein gesunder Entwicklungsprozeß sollte sie doch in immer hellere Beleuchtung rücken. Ist dies bei uns der Fall? Es scheint nicht so. Denn eine gesunde Entwicklung wird auf eine Vereinfachung, auf einen Zusammenschluß der gleichen Bestandteile führen, nicht auf eine Zunahme der Zersplitterung und Vereinzelung. In dieser spiegelt sich vielmehr die ganze Rat- und Zuchtlosigkeit des Volkes in politischen Dingen.

Dies zeigt sich nun auch darin, daß Parteien, die sich überlebt, die ihre Mission erfüllt haben, nur kraft der Gewohnheit noch weiter erhalten werden. Reif für den Untergang, leben sie doch noch fort in den überkommenen, nunmehr leer gewordenen Formen. Nur dann, wenn sie einen neuen, lebensvollen Inhalt gewinnen könnten, würden sie das Recht auf ihr Fortbestehen erwerben.

Es genügt nicht, den unter langjährigen Kämpfen erworbenen Staat mit seiner Verfassung gegen Angriffe zu verteidigen, sondern ihn lebenskräftig zu erhalten. Der Umsturzpartei gegenüber, die sich auf den Boden der Republik stellt, genügt es nicht, zu sagen, wir wollen die bestehende Ordnung schützen, denn dabei kann sie allmählich immer mehr an Boden verlieren, bis sie ihn unter sich zusammenstürzen fühlt, sondern es gilt, der bestehenden Ordnung immer neue Grundlagen zu geben und sie so Tag für Tag neu zu erobern.

Vor allem sollte man dahin streben, der Umsturzpartei die Spitze abzubreaken, indem man wichtige Punkte ihres Programms zu den eigenen macht. Wo aber zeigte sich in der letzten Bewegung auch nur ein leiser Ansatz hierzu? „Tod bis aufs Messer“ hörte man in der Wahlbewegung den Sozialdemokraten entgegenschleudern; als „Erbfeinde“ wurden sie verdammt und ausgestoßen aus dem nationalen Verband, sodaß sich die Frage auf die Lippe drängte: Wie soll das enden?

Mögen die Radaumacher in der Sozialdemokratie noch so sehr wüten und gegen die bestehende Ordnung der Dinge toben, so müssen doch die Vertreter dieser Ordnung immer daran denken, daß sie nicht die gleiche Kampfesweise anwenden dürfen, wenn sie nicht die Kluft unüberbrückbar machen, wenn sie nicht auf eine gewaltsame Unterdrückung hinarbeiten und den Haß der untern Stände auf die Spitze treiben wollen. Die Sozialdemokratie ist ein durchaus notwendiger Pfahl in dem Fleisch unsrer Besitzenden. Ohne diesen Pfahl ruhten sie auf dem Pfühl. Er ist der Stachel, der sie beständig an die Pflichten erinnert, die sie gegen die Besitzlosen zu erfüllen haben. Unsrer große soziale Gesetzgebung wäre nicht ins Werk gesetzt worden, wenn nicht die anstürmende Bewegung von unten die behagliche Ruhe oben gestört und der Tritt der Arbeitermassen, wenn auch noch aus weiter Ferne, ein gelindes Grauen geweckt hätte.

Mittlerweile sind diese schon näher gerückt, und sie werden noch näher kommen; denn so muß es kommen, weil die Ordnungsparteien viel zu sehr die agitatorische Außenseite der Arbeiterbewegung bekämpfen, ohne sich die berechnigte Innenseite zu Gemüte zu führen. Mit Schlagworten wie vom Teilen, worüber jeder Sozialdemokrat nur lacht, da das Parteiprogramm damit nicht getroffen wird, mit Wizen und freisinnigen Volkschriften wird nichts ausgerichtet. Das haben wir gesehen. Der große Hagener Volkstribun glaubte die Sozialdemokratie vernichtet zu haben. In Wahrheit ist er ihr Vorsechter, den jetzt schon sein Schicksal erreicht hätte, wenn die Nationalliberalen in der Stichwahl den Mut gehabt hätten, unter zwei Übeln das kleinere zu wählen und für den Sozialdemokraten Mann für Mann eingetreten wären.

Denn wir hätten es nicht bedauert, wenn jetzt schon die Sozialdemokratie siebzig oder achtzig Mann stark in den Reichstag eingezogen wäre, aus dem einfachen Grunde: je stärker die Partei dort vertreten ist, desto gefahrloser wird sie, und desto mehr wird sie dem, was berechtigt ist in ihrem Programm, Geltung verschaffen. Eine große Partei, die sich an der Gestaltung der wirtschaftlichen Dinge beteiligt, wird ohne zu wollen von ihrem revolutionären Geist verlieren, weil ihr die Macht des Gewordnen zu greifbar entgegentritt. An der Mauer der geschichtlichen Mächte hat sich schon mancher harte Kopf zerstoßen, der vermeint hatte, die Welt mir nichts dir nichts aus den Angeln zu heben. Was psychologisch gesehen durchaus verfehlt ist in dem Programm der Sozialdemokraten, die Verkennung der Kraft der heimatlich-vaterländischen wie der religiösen Gefühle, und die Geringschätzung des individuellen Selbstständigkeitsgefühls gegenüber der Gesamtheit, wird eben als der menschlichen Natur zuwiderlaufend immer bekämpft werden müssen. Aber warum sollten wir nicht zu einem gemäßigten Staatssozialismus übergehen? Das ist schlechterdings nicht einzusehen.

Das Wort wirkt ja heutzutage auf viele noch wie ein Popanz. Das

sind zum Teil unklare Köpfe, die nicht merken, daß wir im Staatssozialismus bereits drin stecken, und daß es sich nur darum handelt, auf diesem Wege noch ein Stück weiter zu gehen. Und andernteils sind es ängstliche Gemüter, denen ein falscher Begriff von individueller Freiheit im Kopfe herumspukt. Als ob ich in meiner freien Bewegung gehemmt wäre, wenn ich Münchner Hofbräu trinke, das der bairische Staat braut, oder wenn ich eine Staatscigarre rauche oder ein Brötchen aus einer Staatsbäckerei esse!

Wir wären übrigens viel weiter bereits im Staatssozialismus vorgeschritten, wenn die Nationalliberalen im Jahre 1878 den Mut gehabt hätten, auf den Vorschlag des Reichskanzlers einzugehen und energisch für Einführung des Tabaksmonopols einzutreten. Herr von Bennigsen soll aber damals bald auf den Rücken gefallen sein ob der kühnen Idee Bismarcks, der dann gezwungen war, sich mit dem Zentrum zu verständigen, um anderweitig Geld zu schaffen. Die Partei, die sich national nennt, hatte damals sehr wenig Recht dazu, so wenig, wie kürzlich bei dem bekannten Angebot von zehntausend Rekruten.

Eine Partei, die wirtschaftlich so uneins ist, in der die individualistisch-egoistische neben der sozialistisch-humanen Denkweise herrscht und diesen Gegensatz nur mühsam verkleistert, kann in der That heute unserm nationalen Leben nur gelegentlich einen Dienst leisten.

Dauernd kann es nur eine Partei, die sich rückhaltlos auf den Boden des Staatssozialismus stellt und der Sozialdemokratie ihre gefährlichste Waffe aus der Hand nimmt. Das wäre eine Partei mit einem positiven Programm, nach dem sich viele sehnen, die auf dem Boden unsrer Verfassung stehen, aber die Nötigung begreifen, unserm nationalen Staat eine festere Grundlage zu geben und ihn reicher auszustatten, nicht nur für Schutz und Trutz, sondern auch für die Werke des Friedens.

Es ist zwar bequem, der Reichsregierung die Pflicht zuzuschieben, für die Beschaffung der nötigen Mittel die nötigen Vorschläge auszuarbeiten, um sie dann kritisch zu prüfen; höher faßt jedenfalls eine Partei ihre Aufgabe, wenn sie nicht auf solche Vorschläge wartet, sondern ihrerseits ein Programm ausarbeitet, vertritt, verteidigt und Anhänger dafür wirbt, dessen Verwirklichung sich als eine mächtige Stütze unsers nationalen Kaiserstaats erweisen und zugleich der revolutionären Partei den Boden entziehen würde.

Wir hoffen immer noch auf die Entstehung einer solchen Partei, einer sozialistischen auf monarchischem Boden, einer Partei, die auf wirtschaftlich-finanziellem Gebiet mit aller Fleißarbeit, der Hervorforschung neuer Steuerobjekten u. s. w., bricht, planvoll für das Prinzip des Staatssozialismus eintritt und für dessen allmähliche Verwirklichung arbeitet. Die Durchführung des als richtig erkannten Prinzips richtet sich nach dem jeweiligen Bedürfnis. Wollte man für jetzt die Verstaatlichung des Tabak- und des Getreidehandels in Angriff nehmen, so würde man die Mittel reichlich schaffen, die nötig sind,